

02.11.2022

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

Unterstützung jetzt – Finanzielle Sicherheit für die frühkindliche Bildung und die Jugendarbeit schaffen

zu dem Antrag „**Finanzielle Stabilisierung der Kita-Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen**“

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/1363

Einrichtungen der frühkindlichen Bildung stehen mit den multiplen Problemlagen, denen sie aktuell ausgesetzt sind, vor großen Herausforderungen. Die steigenden Energiekosten und die massiv ansteigende Inflation bringen Bildungseinrichtungen in eine schwierige finanzielle Lage. Gestiegene Kosten für Heizung und Strom dürfen keinesfalls dazu führen, dass auf das Lüften oder den Betrieb von Luftfiltern zum Schutz vor Corona verzichtet wird. Die jüngste Reform des KiBiz sieht im Paragraph 37 eine Steigerung der Finanzierungskosten vor. Dort heißt es: Die Kindpauschalen gemäß § 33 werden jährlich unter Berücksichtigung der tatsächlichen Kostenentwicklungen angepasst. Zum Kita-Jahr 2021/2022 brachten die Anpassungen gerade einmal eine Erhöhung von 0,83 Prozent und für die Miete von 0,6 Prozent. Im laufenden Kita-Jahr beträgt die Steigerung 1,03 Prozent und 2,67 Prozent für Mieten. Allein die aktuelle Inflationsrate liegt wesentlich höher, aber auch die aktuellen Tarifabschlüsse liegen deutlich über den gewährten Anpassungen. Die Träger stehen vor der kaum lösbaren Herausforderung, diese Kostensteigerungen aus eigenen Mitteln aufzufangen. Die Refinanzierung muss daher noch im laufenden Kita-Jahr überprüft und an die aktuelle Kostenentwicklung angepasst werden. Dies gilt auch für die Steigerungen im kommenden Kita-Jahr.

Neben der neu hinzugekommenen Energiekrise bleiben die Folgen der Corona-Pandemie. Kurzfristig müssen die Bildungseinrichtungen bei den zu befürchtenden Heizkosten im Winter entlastet werden. Durch das Lüften in den Räumen ist die Raumtemperatur ohnehin schon abgesenkt. Besonders die Arbeit mit den Kleinsten wird im Winter zu einem großen Problem, sollte dieser Minusgrade hervorbringen und das Lüften als Maßnahme gegen Corona weiter in einer engen Taktung nötig machen. Damit die Gesundheit und der Besuch der Einrichtungen generell nicht gefährdet ist, müssen Entlastungen für die Träger erbracht werden.

In NRW arbeiten rund 15.400 Tagespflegepersonen. Auch sie benötigen eine auf ihr Arbeitsmodell passende Unterstützung in der Frage der steigenden Energiepreise. Hierfür muss ein runder Tisch gegründet werden, der mit Fachleuten die Problemlagen analysiert und Lösungen im Sinne der Tagespflege findet.

Datum des Originals: 02.11.2022/Ausgegeben: 02.11.2022

Die Logik der Finanzierung der frühkindlichen Bildung ist nicht auf äußere Einflüsse oder Neuerungen ausgelegt, sie muss auf stabile Füße gestellt werden. Kurzfristig müssen die Einrichtungen aber finanziell abgesichert werden, damit die Kinder weiterhin einen stabilen Alltag in Zeiten multipler Krisen haben.

Auch die Jugendverbandsarbeit ist von der steigenden Inflation und den Zuwächsen bei den Energiepreisen betroffen. Die non-formale Bildung ist für Kinder und Jugendliche ebenso hoch einzuschätzen, wie der Besuch von Einrichtungen der frühkindlichen Bildung. Noch immer befinden sich unsere Kinder und Jugendlichen in einem Aufholprozess, den die Corona-Pandemie erforderlich macht. Dazu gehören beispielsweise Ferienfreizeiten, die aktuell für das kommende Jahr geplant werden. Keinesfalls darf die Inflations- und Energiepreiskrise zu einem Rückgang an Angeboten für Kinder und Jugendliche oder zur Schließung von Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit führen.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

- kurzfristig Einrichtungen durch Zuschüsse für Energie- und Heizkosten zu unterstützen. Dafür sollen 1400 Euro pro Gruppe bereit gestellt werden.
- gemeinsam mit der Interessensvertretung der Kindertagespflegepersonen ein Zuschusskonzept zu erarbeiten und diesen Zuschuss direkt an die Tagespflegepersonen auszuzahlen.
- die Anhebung des Landeszuschusses der Kindpauschalen im KiBiz auf den 1. Januar 2023 vorzuziehen. Dabei soll die aktuelle Inflationsrate als Grundlage genommen werden, um aktuelle Kostensteigerungen kurzfristig abzufedern. Zum regulären Zeitpunkt der Dynamisierung der Pauschalen soll geprüft werden, ob diese Anpassung kostendeckend war.
- den Landeszuschuss für die Kindertagespflege ebenfalls zum 1. Januar 2023 entsprechend anzuheben. Zum regulären Zeitpunkt der Dynamisierung der Pauschalen soll geprüft werden, ob diese Anpassung kostendeckend war.
- in dieser Legislaturperiode ein Sanierungsprogramm für Einrichtungen aufzulegen, das es erlaubt, dass Kitas, Tagespflege, Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit energetisch saniert werden, um langfristig Energie- und Heizkosten einzusparen.
- langfristig gemeinsam mit den Beteiligten eine neue Finanzierungslogik für die frühkindliche Bildung zu entwickeln, die Einrichtungen finanziell absichert.
- eine Sonderförderung nach dem Vorbild des Programms „Aufholen nach Corona“ aufzulegen, um Planungssicherheit für die Durchführung von Jugendfreizeitmaßnahmen im kommenden Jahr herzustellen und dafür einen Betrag von 3,2 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen.
- die steigenden Herausforderungen durch die Inflations- und Energiepreiskrise im Kinder- und Jugendförderplan angemessen zu berücksichtigen und die bestehenden Dynamisierungsregelungen krisengerecht anzupassen.

Thomas Kutschaty
Sarah Philipp
Jochen Ott
Dr. Dennis Maelzer

und Fraktion